

Zeit für mehr Solidarität

Flüchtlingskrise, drohender Rechtsruck bei den Landtagswahlen oder ein Staat, der sich selbst kaputtspart – die politischen Herausforderungen in diesem Jahr sind groß. Es ist „Zeit für mehr Solidarität“, sagt der DGB und wirbt für solidarische Antworten auf die drängenden Probleme.

Zukunftsfragen. „Die Gewerkschaften sind in guter Verfassung“, stellte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann auf der Pressekonferenz des DGB zum Jahresauftakt fest. „Wir haben im letzten Jahr gute Tarifverträge in Branchen und Unternehmen abgeschlossen“, so Hoffmann. Die guten Abschlüsse hätten gemeinsam mit dem gesetzlichen Mindestlohn dazu beigetragen, dass in Deutschland die Binnenkonjunktur stabil und der Arbeitsmarkt robust seien. Und die Gewerkschaften spielen eine gewichtige Rolle in der politischen Debatte: Dass etwa bei den Diskussionen um die Zukunft der Arbeit in der digitalen Wirtschaft nun der Mensch und nicht die Technik im Mittelpunkt stehe, sei ihr Verdienst.

In vielen Ländern Europas seien die Perspektiven für die Menschen deutlich schlechter. Hoffmann betont: „An der Entsolidarisierung in Europa sind nicht die Flüchtlinge schuld, sondern eine Austeritätspolitik, die vor allem junge Menschen in die Arbeitslosigkeit treibt.“ Ein Politikwechsel für ein soziales, solidarisches Europa sei notwendig. Bei der Flüchtlingsdebatte müssten die Regierungen einen klaren proeuropäischen Kurs einschlagen: „Schengen einzureißen, wäre gesellschaftlich wie wirtschaftlich Gift für Europa“, so Hoffmann. „Wer die Zahl der Flüchtlinge reduzieren will, muss Ursachen bekämpfen wie Krieg und Armut und nicht Grenzen hochziehen.“

Mit Sorge sieht der DGB den Rechtsruck in Europa, auch in Deutschland wachse Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, so Hoffmann. Von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erwartet der DGB klare Zeichen gegen Rechts – auch im Hinblick auf die Landtagswahlen im März. Ein funktionsfähiger Staat, ein besseres Management der Flüchtlingskrise und mehr Aufklärung sind aus Sicht des DGB notwendig, um zu verhindern, dass Flüchtlinge und benachteiligte Menschen hierzulande



„Zeit für mehr Solidarität – Viel erreicht und noch viel vor!“ lautet das 1. Mai-Motto in diesem Jahr. Denn Solidarität ist einer der gesellschaftlichen Grundwerte. Mit verschiedenen Plakatmotiven zeigt der DGB, wo solidarisches Handeln gefordert ist – von der Unterstützung von Flüchtlingen über eine neue Arbeitszeitpolitik bis zur Chancengleichheit in der Bildung.

gegeneinander ausgespielt werden. Das gilt sowohl für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze wie auch für die Förderung von bezahlbaren Wohnungen.

„Deutschland ist ein reiches Land“, betont der DGB-Vorsitzende, die Integration der Zuflucht suchenden Menschen sei ohne Frage möglich. Notwendig sei dafür, die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern. Dazu muss der Staat vor allem in Personal investieren, erklärt DGB-Vize Elke Hannack: „Das Land braucht endlich eine vorausschauende Personalpolitik im öffentlichen Sektor.“

Mit Blick auf die im März startende Tarifrunde im öffentlichen Dienst fordert sie: „Es darf nicht gespart werden bei guten Arbeitsbedingungen und Löhnen.“ Mehr Anstrengungen von Wirtschaft und Politik seien notwendig, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen – für Inländer wie für Flüchtlinge.

„Wir brauchen mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur, sozialen Wohnungsbau und Personal“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Das Dogma der „schwarzen Null“ sei falsch. Der DGB werde in den nächsten Monaten ein Konzept für eine solidarische Steuerreform vorlegen.

Solidarische Antworten der Politik erwartet der DGB 2016 auch in der Rentenpolitik. „Das Rentenniveau muss stabilisiert werden“, fordert Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Sonst drohe in Zukunft vielen Altersarmut, vor allem den jungen Generationen. Eine „Bringschuld“ der Koalition sieht Buntenbach bei der Regulierung von Werkverträgen und Leiharbeit: „Der Gesetzentwurf muss jetzt endlich auf den Weg gebracht werden.“ ●

● INHALT

- 3 Digitale Verwaltung**
Smart und bürgernah
- 5 Mitgliederentwicklung**
Zuwachs in den Betrieben
- 7 Europa**
Krise als Chance

— ● PLUS/MINUS —

– **Arnold Vaatz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat sich gegen die im Koalitionsvertrag vorgesehene Anpassung der Ost- an die Westrenten ausgesprochen. „Die jetzigen Arbeitnehmer wären die klaren Verlierer einer vorzeitigen Rentenangleichung.“**

+ **Daniela Kolbe (SPD-MdB) fordert, die Rentensysteme in Ost und West wie geplant anzugleichen. „Über 25 Jahre nach der Deutschen Einheit verstehen viele Menschen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nicht, warum es immer noch unterschiedliche Rentensysteme gibt.“**

— ● IM NETZ —

www.fokus-werkvertraege.de
Internetportal der IG Metall zum Thema Werkverträge

Der DGB erwartet mehr

Werkverträge. Die Pläne von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zur Regulierung von Werkverträgen sind aus DGB-Sicht zwar nicht ausreichend, aber ein Ansatz, der den wachsenden Missbrauch eindämmen könnte. Nahles habe sich in ihrem ersten Entwurf für ein Gesetz exakt an die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages gehalten, betont der DGB. Doch Teile der Union sehen das anders, vor allem weil die Wirtschaft lautstark klagt, wie hinderlich dieses neue Gesetz sein würde. IT-Experten und andere Spezialisten könnten künftig nicht mehr für ein Projekt eingekauft werden, lautet ein beliebter Vorwurf der Arbeitgeberseite.

„Unfug“ ist das für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach: „Das Gesetz wird ebenso wenig zum Untergang des Abendlandes führen wie das Mindestlohngesetz.“ Zumal es ohnehin aus Gewerkschaftssicht ein Entwurf ist, der gerade mal einen Teil des Missbrauchs künftig verhindern könnte. Ob Beweislastumkehr oder mehr Mitbestimmung für die Betriebsräte, viele Forderungen der Gewerkschaften hat die Arbeitsministerin bislang nicht aufgegriffen (*einblick 22/15*). Dennoch setzt sich der DGB für den Gesetzentwurf ein. Er wäre der sprichwörtliche Spatz in der Hand, der besser ist als gar keine Regelung.

Der DGB, der schon lange auf die Ausweitung des Missbrauchs von Werkverträgen hinweist, betont dabei immer wieder, dass er das Instrument grundsätzlich für notwendig hält. Natürlich müsse es Werkverträge geben. Sie sind beispielsweise notwendig für Arbeiten, die von den Beschäftigten eines Unternehmens nicht geleistet werden können oder die nur sporadisch anfallen. Doch wenn zwei Drittel der Belegschaft, wie in der Schlachtindustrie, als Billiglöhner über das Instrument Werkvertrag beschäftigt werden, wenn Arbeitsplätze in Kliniken, Hotels, der Nahrungsmittelindustrie, bei Autobauern oder auf Baustellen von Werkvertragsunternehmen besetzt werden, dann ist das Missbrauch.

Insgesamt positiv

EU-Sozialbericht. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entwickle sich „insgesamt positiv“, heißt es im Beschäftigungs- und Sozialbericht 2015 der EU, den die zuständige Kommissarin Marianne Thyssen Ende Januar vorlegte. Doch die optimistische Aussage relativiert sich. So gibt es nach dem Bericht große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten bei Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Die Zahl der mobilen Arbeitskräfte ist gestiegen. Dennoch liegt ihr Anteil an der EU-Erwerbsbevölkerung nur bei vier Prozent. ●

! www.bit.ly/eu_arbeit_2015

Mehr Mitbestimmung erwünscht

Regelungen zu Werkverträgen, die Betriebsräte befürworten, die bereits mit der Fremdvergabe von Arbeit im eigenen Unternehmen konfrontiert sind (Angaben in Prozent)

Zustimmungsverweigerungsrecht beim Einsatz von Beschäftigten fremder Firmen

82

Zwingende Mitbestimmung bei Personalplanung und Beschäftigungssicherung

79

Einsicht in die Arbeitsverträge der Fremdfirma

72

Aufnahme in den Katalog der zwingenden Mitbestimmung

70

Erweiterte Informationspflichten

67

Verbesserungen beim Arbeitsschutz

24

Quelle: IG BCE-Betriebsrätebefragung zu Werk- und Dienstverträgen Mai / Juni 2015

© DGB einblick 02/16

Mehr Mitbestimmung der Betriebsräte in den Stammbetrieben bei der Vergabe von Werkverträgen fordern Betriebsräte und Gewerkschaften. Der erste Entwurf der Bundesarbeitsministerin für ein Gesetz sieht das nicht vor.

Und um gegen diesen vorzugehen, sind gesetzliche Vorgaben notwendig, so Buntenbach.

Aus Sicht des DGB müsste ein wirksames Gesetz mehr beinhalten als der Entwurf. Denn gerade besonders drastische Ausnutzungen der bestehenden Rechtslage würden auch durch das geplante Gesetz nicht unterbunden. Dazu zählt beispielsweise eine Praxis, die im Gesundheitswesen um sich greift. Kliniken gründeten ohne Ende neue Gesellschaften, in denen ehemaliges Klinikpersonal einen neuen Arbeitsplatz zu deutlich schlechteren Bedingungen zugewiesen bekommt, beschreibt Klinik-Betriebsrat Martin Schwärzel das System. Besonders perfide sei es, so die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, „wenn nach der Aufforderung zu Tarifverhandlungen der Betrieb in neue Gesellschaften umstrukturiert wird“. ●

Homeoffice bleibt eher die Ausnahme

Ein Drittel der Betriebe mit 50 und mehr sozialversicherten Beschäftigten bietet seinen MitarbeiterInnen die Möglichkeit, mobil von zu Hause zu arbeiten. Das Angebot ist zwischen 2013 und 2015 konstant geblieben, heißt es im Forschungsbericht „Mobiles und entgrenztes Arbeiten“ des Bundesarbeitsministeriums. Wer Wert auf die Arbeit zu Hause legt, hat die besten Chancen in großen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten. Das Angebot ist allerdings nicht nur von der Firmengröße abhängig. Vor allem bei Führungskräften und im Dienstleistungssektor ist die Arbeit von zu Hause aus verbreitet. Wer das Homeoffice nutzt, ist meist hoch qualifiziert, arbeitet unter Zeitdruck und mit hoher Autonomie, stellten die WissenschaftlerInnen fest. Die zweitgrößte Gruppe stellen Frauen mit Kindern. Beteiligt waren an der Untersuchung das Institut für Arbeits- und Berufsforschung, das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und die Universität Köln.

! www.bit.ly/Bericht_MobileArbeit

Fachkräfte dringend gesucht

Personalpolitik. Der wachsende Mangel an Fachkräften müsste eigentlich zu einer vorausschauenden Personalpolitik der Unternehmen führen. Doch die Betriebe nutzen bei weitem nicht alle Chancen, um sich beispielsweise mit einer strategischen Personalplanung abzusichern. Zu diesem Ergebnis kommen die AutorInnen des Forschungsberichts „Fachkräftesicherung- und -bindung“ im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums (BMAS). Das BMAS ließ untersuchen, was Firmen unternehmen, um ihre Beschäftigten zu behalten oder neue anzuwerben. Denn auch innerbetriebliche Maßnahmen wie Qualifizierung könnten dem drohenden Mangel entgegensteuern. 60 Prozent der Betriebe gaben an, dass sie ihren Beschäftigten eine qualifizierte Weiterbildung ermöglichen. ●

! www.bit.ly/bmas_fachkraefte

— ● TELEGRAMM —

Die globale Jobkrise hält auch 2016 und 2017 an – vor allem in Schwellenländern. Das geht aus dem neuen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu den globalen Beschäftigungstrends hervor. Für 2016 prognostiziert die ILO weltweit einen Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 199,4 Millionen Menschen – knapp 30 Millionen mehr als vor dem Ausbruch der Krise 2007. Deutschlands Arbeitsmarkt bleibe hingegen robust, so die ILO.

! www.einblick.dgb.de/hintergrund

Eine zügige **Novelle des Berufsbildungsgesetzes** (BBiG) fordern die BildungspolitikerInnen der SPD-Bundestagsfraktion. Sie unterstützen dabei Forderungen des DGB, etwa nach mehr Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für das Ausbildungspersonal in den Betrieben.

Der Bundesrechnungshof hat davor gewarnt, die notwendige **Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur** mit öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) zu realisieren. Beispiele aus dem Autobahnbau zeigten, dass ÖPP oft zu teuer sind und außerdem den Mittelstand benachteiligen, heißt es in einem gemeinsamen Gutachten von Bundesrechnungshof und Bundesverkehrsministerium.

Smart, bürgernah und barrierefrei

Eine digitale öffentliche Verwaltung bietet riesige Chancen für alle BürgerInnen, aber auch für eine faire und sichere Arbeitswelt. Der DGB will eine gewerkschaftliche Debatte zum Thema E-Government anschieben.

Digitale Verwaltung. Deutsche sind eher skeptisch, wenn es darum geht, Verwaltungsangelegenheiten online abzuwickeln. Gerade einmal 39 Prozent haben 2015 ihre Meldebestätigung oder die Steuererklärung online bearbeitet – viel Luft nach oben für E-Government-Angebote. Zum Vergleich: Drei Viertel der Schweden nutzen bereits die digitalen Angebote ihrer Behörden. Die Ursachen für das gesplante Verhältnis der BürgerInnen zu digitaler Verwaltung sind zahlreich, wie der DGB in seiner aktuellen Stellungnahme zum E-Government-Aktionsplan 2016 bis 2020 der EU-Kommission feststellt: Geringe Nutzerfreundlichkeit, Defizite beim Datenschutz und mangelnde Barrierefreiheit sind nur einige Gründe, warum die Online-dienste des Staates nicht ankommen.

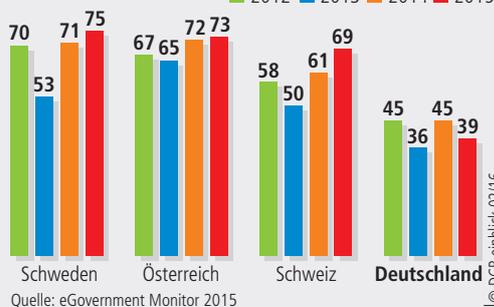
„Die öffentliche Verwaltung muss smarter werden. Es reicht im Jahr 2016 nicht mehr aus, schwerverständliche Formulare und Anträge auf eine Homepage zu stellen und zu hoffen, dass die Bürger damit klarkommen“, kritisiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. So gelte es, die Angebote auf die Lebens- und Arbeitsrealität der Menschen auszurichten. Alle öffentlichen Internetseiten, Formulare, Anträge und Co. sollen in einer leicht verständlichen Sprache verfasst sein. Auch Menschen mit einer Sehbehinderung müssen uneingeschränkten Zugang zu den Inhalten haben. Vor allem beim Datenschutz muss aus Sicht des DGB nachgearbeitet werden. „Klar ist, wenn Menschen ihre persönlichen Angaben online an Behörden weitergeben, müssen diese Daten geschützt sein. Die Bürger müssen zudem wissen, was mit den Daten in der Zukunft passiert und wer darauf Zugriff hat“, fordert Hannack.

Mit dem Papier will der DGB auch in den Gewerkschaften eine Debatte über E-Government anstoßen. Bisher haben vor allem UnternehmerInnen ihre Sicht auf die digitalen Behördendienste öffentlich gemacht. Sie versprechen sich davon vor allem weniger Bürokratie. Dabei könnte E-Government auch viele Möglichkeiten für eine faire und sichere Arbeitswelt bieten, meint der DGB – zum Beispiel im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping. Bei Gewerbebeanmeldungen könnte etwa sehr einfach geprüft werden, ob es sich um legale Betriebe oder um Scheinselbstständige handelt. Letzteres ist häufig der Fall, wenn unter einer Adresse mehrere Gewerbe angemeldet werden.

Vorstellbar ist, dass öffentliche Datenbestände (Big Government Data) ausgewertet werden, um Betriebe zu kontrollieren, in denen auffallend viele Unfälle passieren. Auch wenn aus einem Unternehmen ungewöhnlich viele Beschäftigte in Erwerbsminderungsrente gehen, könnte das zum Anlass genommen werden, um automatisch Kontrollen durchzuführen. Ebenso hat der DGB die Stellenvermittlung im Fokus: Öffentliche

Digitale Verwaltung: Viel Luft nach oben

Anteil von BürgerInnen, die angeben, E-Government zu nutzen (in Prozent)



Viele Online-Angebote unbekannt

Anteil von Gründen, warum digitale Behördendienste in Deutschland nicht intensiver genutzt werden (in Prozent)



Die BürgerInnen in Deutschland sind im Vergleich zu Menschen in Schweden, Österreich und der Schweiz eher E-Government-Muffel. Gerade einmal 39 Prozent nutzten 2015 digitale Dienste, um Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen.

Jobportale sollen künftig darauf getrimmt werden, nur Stellen zu vermitteln, bei den Tarifstandards eingehalten werden. Die BewerberInnen sollen per Suchfunktion die Möglichkeiten haben, nur Angebote mit Tariflöhnen herauszufiltern.

„Die digitalen Dienste müssen berücksichtigen, dass viele Menschen aus europäischen Ländern hier arbeiten. Sie benötigen gezielte Informationen über Regeln, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt gelten“, so Hannack. Gerade Beschäftigte aus osteuropäischen Ländern sind häufig Opfer von Ausbeutung. Sie brauchen Rat und Hinweise in ihrer Muttersprache. Zudem müsse es Möglichkeiten geben, um Ausbeutung oder Betrug zu melden. Da diese Beschäftigten häufig nur mit einem Mobiltelefon ausgestattet sind, sollen die Inhalte nicht nur auf dem PC gut lesbar sein, sondern auch auf dem Handy.

Generell setzt der DGB beim Ausbau der digitalen Verwaltung auf „offene Standards“. „Die staatliche IT darf weder Geräte noch Anwendungen von speziellen Anbietern bevorzugen. Auch Menschen mit älteren internetfähigen Mobiltelefonen müssen Zugang zu den digitalen Diensten haben“, fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende. Und erfolgreich können E-Government-Lösungen nur dann sein, wenn nicht nur in Technik, sondern auch in die Qualifizierung des Personals investiert wird. ●

MEHR ZUM THEMA

Luft nach oben

BürgerInnen können zum einen mit dem Begriff E-Government noch nicht viel anfangen, zum anderen gibt es Vorbehalte gegen den direkten Kontakt zu Behörden per Internet. Die Gründe sind zahlreich: Viele Angebote sind den BürgerInnen unbekannt. Zudem reicht vielen der Datenschutz nicht aus. Jede/r Zweite findet, dass Anträge, Formulare und Co. selten verständlich sind. Das zeigt der eGovernment-Monitor 2015, der vom Institut für public Informationmanagement (ipima) und der Initiative 21 erstellt wurde. Für die Studie wurden jeweils 1000 Menschen in Schweden, Österreich, der Schweiz und Deutschland befragt.

Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass Unternehmen die Vorteile der digitalen Verwaltung eher zu schätzen wissen. Demnach geben 61 Prozent der UnternehmerInnen an, Wert auf E-Government zu legen. Bei den BürgerInnen sind es gerade einmal 30 Prozent. Besonders positiv bewerten die Firmenchefs die Online-Dienste zu Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie zum Arbeits- und Gesundheitsschutz.

IM NETZ

www.dgb.de/egov

DGB-Stellungnahme zum E-Government-Aktionsplan der EU-Kommission

www.egovernment-monitor.de

E-Government-Monitor 2015

www.amtlich-einfach.de

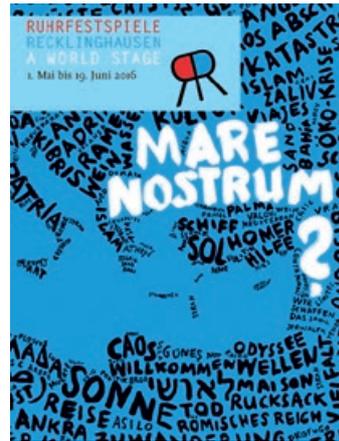
Homepage der Bundesregierung: Zahlen und Fakten über die Nutzung von digitaler Verwaltung durch Unternehmen und BürgerInnen

Gemeinsam für Geflüchtete

Ruhrfestspiele. Der Mittelmeerraum als Krisenregion, aber auch als Ort der Zuflucht steht im Fokus der Ruhrfestspiele 2016. In diesem Jahr gehören 17 Uraufführungen zum Programm – so viele wie nie zuvor. Unter dem Motto „Gemeinsam zu den Ruhrfestspielen“ öffnen die Festspiele im Jahr ihres 70. Geburtstags die Pforten für Menschen, die von kultureller Teilhabe ausgeschlossen sind, in dieser Spielzeit insbesondere für Geflüchtete.

Vom 1. Mai bis 19. Juni stehen Stücke, Autoren und Inszenierungen unter anderem aus Italien, Spanien, Frankreich, Griechenland, der Türkei, Zypern, Israel, Ägypten und Algerien im Mittelpunkt. Moderne Inszenierungen von Stücken klassischer Autoren wie Homer, Aischylos, Calderón de la Barca oder Goldoni werden ebenso gezeigt wie etwa Bühnenadaptionen von Regiearbeiten der beiden italienischen Filmregisseure Luchino Visconti und Pier Paolo Pasolini. Uraufgeführt wird auch „Das Blau in der Wand“, das neueste Werk von Tankred Dorst, meistgespielter Gegenwartsdramatiker an deutschen Bühnen.

Die Ruhrfestspiele schauen nicht nur von außen auf den Mittelmeerraum. Sie versuchen, den verschiedenen Kulturen und der langen Theatertradition eine Plattform zu geben. Schauspielaufführungen, verschiedene Tanz- und Musikproduktionen sowie eine Lesereihe mit prominenten Stimmen setzen sich mit dem Kulturraum Mittelmeer auseinander. In einer Podiumsdiskussion kommen außerdem zwei Friedensnobelpreisträger



des tunesischen Dialogquartetts zu Wort.

Ermäßigte Karten für Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft gibt es in vielen Betrieben in NRW über den Betriebs- oder Personalrat. ●

www.ruhrfestspiele.de

Netzwerke aufbauen

Konferenz. Um Berufsorientierung von Frauen und Männern geht es unter anderem bei der Konferenz „Geschlechtergerechte Fachdidaktik in Naturwissenschaften, Technik und Wirtschaftswissenschaften“ an der Pädagogischen Hochschule Weingarten in Ravensburg vom 4. bis 6. Februar. Die Konferenz bietet Einblicke in den aktuellen Stand der Forschung und will den Austausch von WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik, Wirtschaft und Schule fördern. Die Teilnahme ist kostenfrei. ●

www.gelefa.de/konferenz/anmeldung

Weit verbreitet

Unternehmensmitbestimmung.

In 18 der 28 EU-Mitgliedstaaten und in Norwegen haben ArbeitnehmervertreterInnen das Recht, im Aufsichts- oder Verwaltungsrat mit zu entscheiden. Das zeigt eine aktuelle Analyse von Dr. Aline Conchon für das European Trade Union Institute (ETUI). Die Untersuchung fußt auf einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt, das Conchon zusammen mit Prof. Dr. Jeremy Waddington von der Universität Manchester durchgeführt hat. Die Mitbestimmung sei aber gerade in den am stärksten von der Krise betroffenen Nationen geschwächt worden, so die Autorin, vor allem durch Privatisierung ehemals öffentlicher Unternehmen. Mitunter schränkten auch nationale Gesetzgeber, etwa in Tschechien, das Recht auf Mitsprache ein. Auch auf gesamteuropäischer Ebene droht Gefahr: Ein „regulatorischer Wettbewerb“ zeichne sich ab, bei dem Unternehmen die Möglichkeit hätten, unter verschiedenen nationalen Rahmen die „weichsten Vorgaben“ auszuwählen. ●

Aline Conchon: Die Mitsprache der Arbeitnehmer in der Corporate Governance. Eine europäische Perspektive.

www.bit.ly/Mitbestimmung_in_Europa

Material für gute Wege

„Wohnen“ und „Arbeiten“ findet immer seltener innerhalb derselben Gemeinde statt, der Berufsverkehr hat sich in den letzten 40 Jahren nahezu verdoppelt. Die durchschnittliche Pendeldistanz ist seit 1999 von 14,6 auf 16,6 km gestiegen. Das führt zu längeren Arbeitswegen, Staus und Stress. Mit seinem Pendler-Projekt „Gute Wege zur guten Arbeit“ (einblick 22/2015) will der Autoclub Europa e.V. (ACE) dem entgegenwirken. Verschiedene Informations- und Servicematerialien wie der Flyer „Nachhaltige Mobilität für Beschäftigte“ unterstützen die Kampagne nun. Ein Online-Portal informiert über aktuelle Mobilitätsthemen, Beispiele guter Praxis für Mobilitätsmanagement werden präsentiert. Bundesweit 60 Aktionstage organisiert der ACE im Rahmen des Projekts, bei denen Beschäftigte Mobilität zum Anfassen erleben können. Konferenzen und Workshops richten sich an Betriebs- und Personalräte, die sich für bezahlbare Mobilität ihrer KollegInnen stark machen möchten. ●

www.gute-wege.de

● INTERREGIO

Einen „**Masterplan Gute Arbeit**“ fordert die **DGB-Region Kiel** für die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt, um die Attraktivität von Kiel als Wirtschaftsstandort zu verbessern. Vorschläge dafür hat die DGB-Region vorgelegt. **Prekäre Beschäftigung** habe sich in der Region vervielfacht, so Regionsgeschäftsführer Frank Hornschu.

www.kern.dgb.de

Unter dem Motto „Hinsehen und sich einmischen“ zeichnet das **Bündnis für Mut und Verständigung**, 1993 vom **DGB Berlin-Brandenburg** initiiert, alljährlich beispielhaftes Handeln gegen rassistische Diskriminierung und Gewalt aus. Bis zum 1. März bietet das Bündnis um Vorschläge, wer für Zivilcourage das Band für Mut und Verständigung erhalten soll. Es können Einzelpersonen, Gruppen oder Initiativen aus Berlin und Brandenburg vorgeschlagen werden.

mutundverstaendigung@dgb.de

Mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur fordert der **DGB Hessen-Thüringen** in einem neuen Positionspapier. „Die täglichen Staus, Zugausfälle und Verspätungen gefährden Wirtschaft und Arbeitsplätze. Um den fortlaufenden Verfall der hessischen Verkehrsinfrastruktur aufzuhalten, müssen die öffentlichen Investitionen massiv erhöht werden“, heißt es in dem Papier. Allein in den Bereichen Schiene, Straße und Brücken betrage der Rückstau mindestens 11 Milliarden Euro.

www.hessen-thueringen.dgb.de

● BUCHTIPP



Ulrich Schneider (Hg.), Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen. Westend-Verlag, Frankfurt/M., 208 Seiten, 14,99 Euro

Es gibt einen erbittert geführten Kampf in Deutschland: Vordergründig geht es um Definitionen und wissenschaftliche Methoden – tatsächlich aber um knallharte Interessenpolitik. Es ist die Armut in unserem Land, um die so verbissen gestritten wird. Je größer sie wird, umso hartnäckiger wird sie von denjenigen geleugnet, die ihren Reichtum oder ihre Macht bedroht sehen. Einige der prominentesten und renommiertesten KritikerInnen des neoliberalen Mainstreams vereint dieser Band mit

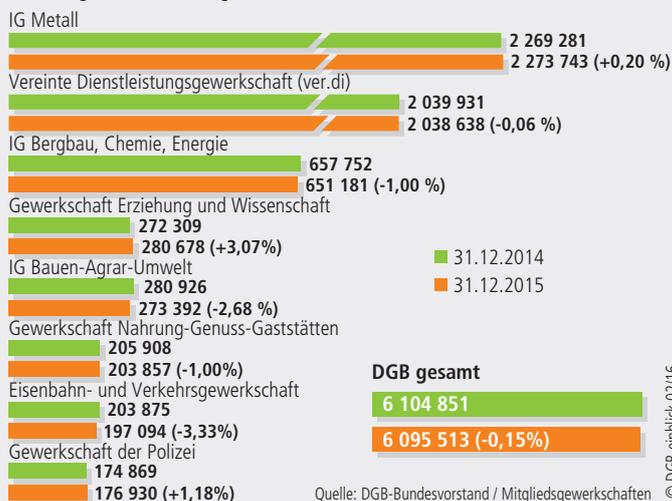
Analysen, entlarvenden Erzählungen und engagierten Plädoyers.

Zuwachs in den Betrieben

Die Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften sind 2015 nahezu stabil geblieben. Drei Gewerkschaften, die IG Metall, die GEW und die GdP, konnten 2015 ein Mitgliederplus erzielen.

GEW, GdP und IG Metall im Plus

DGB-Mitgliederentwicklung 2014 – 2015



Mitgliederentwicklung. Ende 2015 zählten die acht DGB-Gewerkschaften insgesamt 6 095 513 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder gerade mal um 0,15 Prozent zurück. Die Gewerkschaften seien damit weiter die „größte politische Organisation in Deutschland“, erklärt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. „Täglich sind im letzten Jahr rund 1000 Menschen neu in eine der acht DGB-Gewerkschaften eingetreten“, so Hoffmann. Keine andere gesellschaftliche Großorganisation könne solche Zahlen vorweisen. Vor allem unter den Erwerbstätigen, in den Betrieben, konnten die DGB-Gewerkschaften neue Mitglieder werben. Mit der GEW (+ 3,07 %), der GdP (+ 1,18 %) und der IG Metall (+ 0,20 %) sind drei DGB-Gewerkschaften auch im Saldo nach Abzug der Abgänge im Plus.

Die IG Metall hat im letzten Jahr über 120 000 neue Mitglieder gewonnen. Besonders erfreulich sei, „dass die Zahl der betrieblichen Mitglieder auf 1,567 Millionen Mitglieder gestiegen ist – und damit auf den höchsten Stand der vergangenen zehn Jahre“, so Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall. Wachstum gebe es vor allem „bei den für uns strategisch wichtigen Zielgruppen – bei Frauen, bei Angestellten, bei jungen Menschen, bei Ingenieuren und technischen Experten“, ergänzt die Zweite Vorsitzende Christiane Benner. Neue Mitglieder zu gewinnen, sei nach wie vor harte Arbeit. „Hinter jedem neu aufgenommenen Mitglied steht mindestens ein persönliches Gespräch, oft auch zwei oder drei Gespräche zwischen unseren Betriebsräten und dem Noch-Nicht-Mitglied“, so Benner. Die Gewerkschaft werde deshalb in den nächsten neun Jahren 191 Millionen Euro in Mitgliederentwicklungsprojekte vor Ort investieren und die strategische Zielgruppenarbeit ins Zentrum rücken.

Wie in den vergangenen Jahren war die IG Me-

tall auch bei der Organisierung junger Mitglieder erfolgreich: Mit einem Plus von 1,2 Prozent gegenüber 2014 sind nun knapp 233 000 der unter 27-Jährigen in der Gewerkschaft organisiert. Die IG Metall bleibe damit „die größte politische Jugendorganisation in Deutschland“, so Benner. Erfolge bei der Organisierung junger Beschäftigter haben die meisten Gewerkschaften. So war die IG BCE 2015 bei der Mitgliederwerbung unter den Auszubildenden so erfolgreich wie in den vergangenen Jahren. Vom Ausbildungsjahrgang 2014/15 haben 69 Prozent das Mitgliedsbuch der IG BCE in der Tasche. Das ist das beste Ergebnis in der Geschichte der IG BCE. Und auch für den Jahrgang 2015/16 sei ein

ähnlich gutes zu erwarten, so die IG BCE.

Einen Zuwachs von 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr kann ver.di für 2015 bei den Mitgliedern unter 28 Jahren verzeichnen. „Die Werbung junger Mitglieder soll in diesem Jahr einen noch höheren Stellenwert einnehmen“, betont der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Auch die EVG war bei der Mitgliederwerbung unter den Auszubildenden äußerst erfolgreich. 86 Prozent der Auszubildenden im Organisationsbereich der EVG sind Mitglied der Gewerkschaft.

Die Zahl der Neueintritte überwiegt quer durch die Gewerkschaften die der Austritte. Das gilt auch für die EVG. Sie gewann im letzten Jahr rund 6800 neue Mitglieder hinzu. Dass die Mitgliederzahl der EVG dennoch gesunken ist, liegt vor allem am demografischen Wandel und am hohen Altersschnitt in der Mitgliedschaft sowie an der beruflichen Neuorientierung vieler Mitglieder. Ursache für Verluste oder Stagnation bei den Mitgliedszahlen ist auch der Strukturwandel – etwa wenn ganze Branchen wie der Steinkohlebergbau verschwinden. So hat die IG BCE 2015 über 2500 Mitglieder in dieser Branche verloren.

Besonders viele Beschäftigte treten in harten Tarifrunden den Gewerkschaften bei. Das bestätigt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Zuwächse seien eindeutig auf die konfliktreichen Tarifaueinandersetzungen im Jahr 2015 zurückzuführen. Am erfolgreichsten bei der Mitgliederentwicklung bleibt die GEW. Seit acht Jahren gewinnt die Bildungsgewerkschaft stetig Mitglieder. „Diese Entwicklung spiegelt die Stärke und Attraktivität der GEW als Bildungsgewerkschaft im DGB wider“, resümiert die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Die in 2015 überdurchschnittlich gestiegene Zahl der Mitglieder sei insbesondere mit den beiden großen Tarifrunden im Länderbereich sowie im Sozial- und Erziehungsdienst zu erklären. ●

Studierende im Fokus

Neue Wege. Die Gewerkschaften können bei jungen Menschen punkten, nicht nur bei den Azubis, sondern auch bei Studierenden. Dieser Trend zeichnet sich bereits jetzt ab, auch wenn noch nicht alle detaillierten Auswertungen der Mitgliedszahlen vorliegen.

Mittlerweile organisieren die DGB-Gewerkschaften insgesamt über 60 000 angehende AkademikerInnen. In vielen Gewerkschaften und auch im DGB gibt es spezielle Projekte, die sich an den akademischen Nachwuchs richten. Die Studierendenarbeit der Gewerkschaften ist ein Erfolg, resümiert DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller. Er ist aber überzeugt: Es geht noch mehr. „Wir müssen die Ansprache und das Konzept an neue Realitäten anpassen“, so der Bundesjugendsekretär. Die zunehmende Akademisierung des Arbeitsmarktes müsse ebenso berücksichtigt werden wie die wachsende Attraktivität des dualen Studiums als neuer Ausbildungsform. ●

Attraktiv für Studierende

Veränderungen bei der Mitgliedschaft der IG Metall in ausgewählten Personengruppen 2015 gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)



Besonders groß sind die Mitgliederzuwächse der IG Metall unter den Studierenden. Mehr als 31 000 Studierende sind Mitglied der Gewerkschaft – dreimal mehr als vor zehn Jahren.

— ● KURZ & BÜNDIG —

ver.di und die **IG BCE** haben eine Vereinbarung über die Zuständigkeiten für die Beschäftigten der Wasserwirtschaft geschlossen. Danach ist in der Regel ver.di zuständig, Ausnahmen gibt es in Ostdeutschland. Nach konstruktiven Gesprächen sei es gelungen, einen Schlusstrich unter jahrelange Auseinandersetzungen zu ziehen, so der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. „Das ist ermutigend gerade auch im Hinblick auf die Fortentwicklung der innergewerkschaftlichen Zusammenarbeit.“ Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske begrüßte die Einigung als Element der Stärkung gewerkschaftlicher Strukturen insgesamt.

GEW Die GEW kritisiert, dass die Bundesländer Lehrkräfte vor den Ferien entlassen und nach den Ferien wieder einstellen. Zahlen der Bundesagentur für Arbeit von 2015 zeigen, dass die Arbeitslosmeldungen von Lehrkräften in den Sommerferien sprunghaft gestiegen ist. „Das Hire-and-Fire-Prinzip wird weder den Schülerinnen und Schülern noch den Lehrkräften gerecht“, so die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Die GEW fordert, die Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeitslosenversicherung zu stoppen.

NGG Die NGG begrüßt, dass der Bundestag ein Gesetz für mehr Klarheit bei der Bezeichnung von Lebensmitteln beschlossen hat. Für die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität der Branche sei gut, wenn der Gesetzgeber einen neuen Impuls für bessere Kennzeichnungen auf den Verpackungen gebe, so die NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger.

IG BAU Die IG BAU erwartet von Bund und Ländern, zügig bessere Rahmenbedingungen für den Bau von Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum zu schaffen. Höhere Abschreibungen seien der richtige Schritt, um Anreize zu setzen. Allerdings soll die Sonderförderung auf bezahlbaren Wohnraum und Sozialwohnungen begrenzt werden. Luxuswohnungen gebe es genug.

Tarifbindung erhöhen

IG Metall. Gestärkt startet die IG Metall ins Jahr 2016 – gelang es ihr doch, bereits im fünften Jahr in Folge das letzte Jahr mit einem Mitgliederplus abzuschließen (siehe Seite 5). Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie, der größten IG Metall-Branche, Anfang 2015 „bewegte viele Beschäftigte, der IG Metall beizutreten“, stellt Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, fest. Eine Entwicklung, an die die Gewerkschaft anknüpfen will. Auch in diesem Jahr stehen Tarifrunden in der Metall- und Elektroindustrie sowie in 40 weiteren Branchen an. Die IG Metall setze dabei auf eine Erhöhung der Realeinkommen, die der guten Ertragslage der Unternehmen angemessen ist, so Hofmann. Am 2. Februar wird der IG Metall-Vorstand eine erste Forderungsempfehlung abgeben, über die dann die regionalen Tarifkommissionen beraten.

In diesem Jahr will die Gewerkschaft erstmals gezielt nicht tarifgebundene Betriebe einbeziehen. In den letzten zehn Jahren sei es gelungen, die Tarifbindung zu stabilisieren, „nachdem sie sich jahrzehntelang im Tiefflug befand“, erklärt Hofmann. Nun gelte es, endlich den „Turnaround“ zu schaffen und die Tarifbindung zu erhöhen.

Über Grenzen

IG Metall in Ungarn. Die IG Metall hat mit der ungarischen Metallgewerkschaft VASAS eine gemeinsame Bildungs- und Beratungseinrichtung in der westungarischen Industriestadt Győr eröffnet. Ziel der engeren Zusammenarbeit mit VASAS ist, gemeinsam die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Ungarn zu verbessern. Im Fokus stehen dabei die Standorte, an denen die deutschen Autohersteller Audi, Mercedes und Opel sowie deren Zulieferer produzieren. Es gehe darum, VASAS dabei zu beraten, wie sie die Beteiligungsrechte der Beschäftigten durch Betriebsräte oder vergleichbare Institutionen stärken und ausweiten kann, erklärt IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb. „In Ungarn ist das Arbeitsrecht für die Arbeitnehmerseite schwach. Ungarn wird dem Anschein nach von den Arbeitgebern als Testlabor zum Ausprobieren neuer Arbeitsbewertungssysteme und Arbeitszeitmodelle genutzt.“ Wenn sich deutsche Firmen in Ungarn engagieren, müsse dies zu fairen Konditionen für die Beschäftigten geschehen, betont Lemb. ●

Eine weitere Herausforderung sieht die IG Metall in der rasch voranschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt: „Industrie 4.0. braucht Arbeit 4.0. Arbeit 4.0 verlangt aber auch nach einem Sozialstaat 4.0“, so Hofmann. Die IG Metall werde sich dazu 2016, in Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2017, aktiv einmischen, unter anderem auf einem Sozialstaatskongress im Herbst.

Gravierende Umbrüche erwartet die Zweite Vorsitzende Christiane Benner durch die wachsende Bedeutung von Crowdfunding. Dabei werden Aufträge über digitale Plattformen vergeben – eine Arbeitsform, die in keiner Weise reguliert ist. „Wir akzeptieren nicht, dass auf dem Rücken von Arbeitnehmern Kosten gespart werden sollen und reguläre durch prekäre Beschäftigung ersetzt wird. Wir wollen keine rechtsfreien Räume wie im Silicon Valley“, so Benner. Die Mitbestimmung in Deutschland sei eine gute Basis, digitale Arbeit sozial nachhaltiger zu gestalten. Derzeit führe die IG Metall Gespräche mit Plattformbetreibern, um faire Bedingungen zu schaffen. Crowdforkern bietet die IG Metall unter www.faircrowdwork.org eine Plattform für Information und Vernetzung an. ●

Gute Arbeit für die Fast-Food-Branche

Internationale Initiative. Beschäftigte, Gewerkschaften und Initiativen aus den USA und Europa setzen sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Fast-Food-Branche ein. Gemeinsam haben sie unter anderem eine Petition beim Europäischen Parlament eingereicht. Darin fordern sie die Abgeordneten auf, rechtlich gegen niedrige Löhne in der Fast-Food-Branche und Arbeit auf Abruf mit „Null-Stunden-Verträgen“ vorzugehen.

In Deutschland, Großbritannien, Dänemark, Frankreich und in den Niederlanden trafen sich Mitte Januar VertreterInnen der US-Dienst-

leistungsgewerkschaft SEIU und der Mindestlohn-Bewegung „Fight for \$15“ mit GewerkschafterInnen aus Europa, um sich auszutauschen und besser zu vernetzen. Die NGG berichtete etwa über ihren mit dem Bundesverband der Systemgastronomie (BDS) abgeschlossenen Tarifvertrag. „Durch unseren Tarifvertrag mit dem BdS konnte die NGG mehr Sicherheit und bessere Löhne für die Fast-Food-Mitarbeiter in Deutschland erzielen. Wir sind stolz, amerikanische Beschäftigte in ihren Bemühungen für mehr Lohn und Gewerkschaftsrechte zu unterstützen“, so NGG-Vize Burkhard Siebert. ●



AUFKLEBER-AKTION

Gewerkschaft macht glücklich:

Dieses fröhliche Statement gibt es auf Bögen mit je sechs Aufklebern (Durchmesser 10 cm) und kostet drei Euro plus Versandkosten.

Bestellungen unter:
www.bit.ly/aufkleber_glueck

Die Krise als Chance

Europa ist in einer vielschichtigen Krise. Für den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann ist das auch eine Chance. Denn an einer offenen und breiten Debatte über die soziale Zukunft Europas führt nun kein Weg mehr vorbei.

Europas Zukunft. Nie waren die Herausforderungen größer, nie waren europäische Antworten nötiger: In den multiplen Krisen Europas sehen heute viele die Überlebensfähigkeit der EU gefährdet.

Seit das Weltfinanzsystem im September 2008 Europa in die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit stürzte, nimmt die Armut im reichsten Kontinent zu; die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Mehr als 22 Millionen Arbeitslose – davon 4,5 Millionen Jugendliche – sind eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt Europas. Die Regionen Europas entwickeln sich erstmals auseinander, statt weiter zusammenzuwachsen. Die Folgen sind eine ausgewachsene soziale Krise und ein erheblicher Vertrauensverlust nicht nur in den krisengeschüttelten Staaten gegenüber der EU, die für die überwiegende Mehrheit der Euro-

„Entsolidarisierung in Europa und Renationalisierung im politischen Denken und Handeln nehmen zu, Europa als Wertegemeinschaft scheint handlungsunfähig.“

päer bis dato eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen mit sich gebracht hatte.

Inmitten von Flüchtlingskrise und Bedrohung durch Terrorismus feiern vor allem rechtskonservative, nationalpopulistische und europaskeptische Parteien Erfolge – etwa der Front National in Frankreich. Entsolidarisierung in Europa und Renationalisierung im politischen Denken und Handeln nehmen zu, Europa als Wertegemeinschaft scheint handlungsunfähig. Die Migrationskrise stellt das vereinte Europa vor eine gewaltige Bewährungsprobe. Bekämpft werden aber vorrangig Symptome und weniger die Ursachen der multiplen Krisen.

Dennoch ist die Krise eine Chance, die es zu nutzen gilt, wie auch Finanzminister Wolfgang Schäuble in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung kürzlich zu Recht feststellte. Dabei stellt sich die Frage, welche Chancen ergriffen werden, für wen und wie. Mit einem sozialen Fortschrittsprotokoll muss dafür gesorgt werden, dass die sozialen Grundrechte Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben. Den gescheiterten Spardiktaten muss die Modernisierung und der wirtschaftliche Aufbau durch Investitionen folgen. Die Europäische Kommission hat richtige Wachstumsinitiativen, Investitionsprogramme und eine Jugendbeschäftigungsinitiative auf den Weg gebracht. Sie werden aber bis heute nicht entschlossen umgesetzt. Die Juncker-Forderung nach einem Triple A Rating für das soziale Europa muss der Wirklichkeit entsprechen und darf kein opportunes Lippenbekenntnis bleiben. Wir brauchen einen neuen Kurs in Europa, der sich auf die Grundlagen eines sozialen, demokratischen und solidarischen Europas besinnt.

Die Migration bietet in diesem Sinne auch eine Chance. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen müssen die Regierungen nun endlich einen klaren proeuropäischen Kurs einschlagen und nationale Egoismen überwinden. Schutzsuchenden Flüchtlingen müssen sichere und geregelte Zugangswege nach Europa geöffnet werden, und eine gerechte Lastenverteilung muss dafür sorgen, dass die an den EU-Außengrenzen ankommenden Flüchtlinge menschenwürdig aufgenommen werden und in Europa in Sicherheit und ohne Angst leben können.



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Reiner Hoffmann, 60, ist seit Mai 2014 Vorsitzender des DGB. Zuvor arbeitete er unter anderem von 1994 bis 2009 für die europäischen Gewerkschaften in Brüssel, zuletzt als stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

„Wir brauchen einen neuen Kurs in Europa, der sich auf die Grundlagen eines sozialen, demokratischen und solidarischen Europas besinnt.“

Die nationalen Grenzen wieder zu errichten, wäre dagegen ein Desaster, es wäre gesellschaftlich wie wirtschaftlich Gift für Europa: Ohne Schengen, ohne den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital verstopfen wir die Lebensadern der Europäischen Union. Es wird viele Kosten nach sich ziehen, wenn unsere Binnengrenzen geschlossen werden: Wir haben 1,7 Millionen GrenzgängerInnen in der EU, die täglich zur Arbeit gehen. Jede Grenzkontrolle beeinträchtigt zudem die vernetzte Produktion in ganz Europa. Die Schäden wären enorm. Die Freizügigkeit muss erhalten bleiben! Wer die Zahl der Flüchtlinge reduzieren will, muss die Ursachen bekämpfen wie Krieg und Armut und nicht Grenzen hochziehen. Armut in den Herkunftsländern ist auch ein Produkt einer einseitigen Wirtschafts- und Handelspolitik, die sich allein nach Kosten richtet und nicht nach würdigen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entlang der Lieferketten. Das zu ändern sind Politik wie Wirtschaft gleichermaßen in der Verantwortung. Fairer Handel bei TTIP wäre ein Anfang, diese Chance muss genutzt werden.

„Abschottung ist keine Lösung, genauso wenig, wie sich gesellschaftlicher Wandel durch Verweigerung verhindern lässt“, wie Finanzminister Schäuble treffend schrieb. Insbesondere die Briten gehen aber auf Distanz. Europäische Freizügigkeit? Flüchtlinge aufnehmen? Bitte so wenig wie möglich. Das war zuletzt die Haltung des britischen Premiers David Cameron. Wahrscheinlich schon in diesem Frühsommer stimmen die Briten über einen Verbleib in der Europäischen Union ab. Auch wenn das Land nicht zur Euro-Zone gehört, steht politisch und wirtschaftlich viel auf dem Spiel. Das Vereinigte Königreich ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Union.

„Die nationalen Grenzen wieder zu errichten, wäre gesellschaftlich wie wirtschaftlich Gift für Europa.“

Mit einem Brexit würde die Gemeinschaft ein wichtiges Mitglied verlieren. Das gilt es unbedingt zu verhindern, ohne die sozialen Errungenschaften über Bord zu werfen.

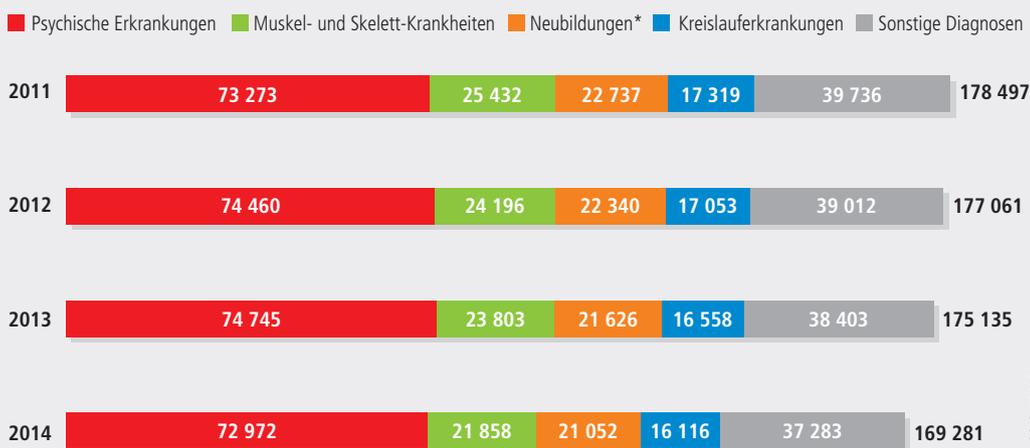
Zur „Kommission der letzten Chance“ rief Jean-Claude Juncker seine Mannschaft zu Amtsbeginn im Oktober 2014 aus. Wenn Europa das Vertrauen der BürgerInnen zurückgewinnen will, muss sich Brüssel endlich um die großen Fragen kümmern, statt sich in den großen Konflikten der Mitgliedstaaten zerreiben zu lassen. Die Krise bietet uns jetzt die Chance für einen neuen europäischen Anlauf, weil sie eine offene und breite Debatte über die soziale Zukunft Europas unausweichlich macht. ●

— ● DIE DGB-GRAFIK —

Seit Jahren sinkt die Zahl der Beschäftigten stetig, denen eine Erwerbsminderungsrente bewilligt wird. Das zeigen Zahlen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Von 2011 bis 2014 ist die Zahl der NeurentnerInnen um mehr als 9000 zurückgegangen. In Deutschland sind die Zugangskriterien für die Erwerbsminderungsrente sehr hoch. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fordert umfassende Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. Durch hohe Abschlüsse werde sie zunehmend zur „Armutrente“.

Erwerbsminderung: Immer weniger Rentenzugänge

Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Erkrankung (in Prozent)



* Wiederkehrende Krebserkrankung

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 2016

© DGB einblick 02/16

— ● DAS STEHT AN —

+++ Am 1. Februar berät das Europäische Parlament über das **Dienstleistungsabkommen TISA**. Unter anderem geben die Abgeordneten ihre Empfehlung ab, wie die EU-Kommission bei den weiteren Verhandlungen zu TISA verfahren soll. Bereits am 18. Januar hatte der Ausschuss für Internationalen Handel empfohlen, die öffentlichen Dienstleistungen bei den Verhandlungen auszunehmen. www.europarl.europa.eu

+++ Der Vorstand der IG Metall berät am 2. Februar über die **Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie** und gibt eine Forderungsempfehlung ab. Auf dieser Grundlage werden die regionalen Tariffunktionen der IG Metall ihre Forderungen diskutieren und beschließen. www.igmetall.de

+++ Der IG BAU-Vorstand beschließt am 16. Februar die **Tarifforderung für das Bauhauptgewerbe**. Insgesamt sind in dieser Branche rund 750 000 Menschen beschäftigt.

+++ Vom 16. bis 20. Februar findet die **Bildungsmesse Didacta** in Köln statt. Gemeinsam präsentieren DGB, Hans-Böckler-Stiftung, IG Metall, ver.di, GEW, IG BCE und IG BAU Unterrichtsmaterialien zu Themen aus der Arbeitswelt. www.schule.dgb.de/leSu

+++ ver.di, GEW, GdP und IG BAU stellen am 18. Februar ihre Forderungen für die **Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst** bei Bund und Kommunen vor. Die erste Verhandlungsrunde findet am 21. März statt.

Foto: S. Henneke/einblick

— ● TIPP —

Debatte. In fünf Bundesländern stehen 2016 Landtagswahlen an. Die DGB-Bezirke haben ihre Forderungen an die künftige Landespolitik gestellt (*einblick 1/2016*). Ein zentrales Thema: Der öffentliche Sektor in den Ländern muss ausreichend finanziell und personell ausgestattet sein, um etwa die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Das DGB-Debattenportal gegenblende.de beleuchtet in verschiedenen Meinungsbeiträgen von ExpertInnen, wie es um den handlungsfähigen Staat bestellt ist. www.gegenblende.de

— ● FUNDSACHE —

Frag den Bundestag – der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat seit 2005 rund 4000 wissenschaftliche Gutachten für die Abgeordneten verfasst, darunter Arbeiten zu TTIP, gesetzlichem Mindestlohn oder – kein Scherz – UFOs. Dank des Portals Fragdenstaat.de können nun auch NormalbürgerInnen die Expertisen des Parlaments online anfordern. Die Gutachten werden per Post zugestellt. Die BürgerInnen haben dann die Aufgabe, das Gutachten einzuscannen und auf das Portal hochzuladen, damit nach und nach alle wissenschaftlichen Arbeiten im Internet zu finden sind. Betrieben wird das Projekt unter anderem von abgeordnetenwatch.de. www.bit.ly/frag_buta



— ● SCHLUSSPUNKT —

„Gegen meine Politik kann jeder vor meinem Büro demonstrieren, aber an der Wohnungstür ist Schluss.“

Petra Pau, Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages, erklärt auf faz.net vom 22. Januar, wo sie die Grenzen für legitime Kritik an ihrer politischen Arbeit sieht.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
Geschäftsführerin: Anne Graef **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
 HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Beamtenrecht

Straftat führt zur Entlassung

Hat ein Beamter innerdienstlich eine Straftat unter Ausnutzung seiner Dienststellung begangen, muss er mit der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis rechnen. Das ist der Fall, wenn ein beamteter Rettungssanitäter einem bewusstlosen Patienten während eines Krankentransports einen 50-Euro-Schein stiehlt.

**Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 10. Dezember 2015 – 2 C 6.14**

BAföG-Darlehen

Gilt als Einkommen

Wird bei der Berechnung der Gebühren für Kindertagesstätten das Einkommen der Eltern zugrunde gelegt, zählt zu diesem Einkommen auch ein BAföG-Darlehen. Das BAföG-Darlehen stelle eine Art Vorfinanzierung künftiger besserer Einkommensaussichten dar, und diese Aussichten rechtfertigten die Behandlung des öffentlich-rechtlichen Darlehens als Einkommen.

**Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 17. Dezember 2015 – 5 C 8.15**

Hartz IV

Keine Übernahme von Stromschulden

Bezieher von Hartz-IV-Leistungen können die Übernahme von Stromschulden nicht verlangen, wenn die hohen Rückstände selbst verschuldet sind. Hilfesuchende müssen sich außerdem im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Selbsthilfe ernsthaft um Ratenzahlungsvereinbarungen mit dem Energieversorger und um einen Vertragsabschluss mit einem anderen Stromanbieter bemühen.

**Sozialgericht Karlsruhe,
Urteil vom 22. Dezember 2015 – S 17 AS 3817/14**

Lernförderung

Wesentliches Lernziel ist maßgebend

Hartz-IV-EmpfängerInnen mit noch befriedigenden Schulleistungen haben keinen Anspruch auf ergänzende Lernförderung. Ein Anspruch auf ergänzende Lernförderung setzt voraus, dass diese erforderlich ist, um wesentliche Lernziele zu erreichen. Wesentliches Lernziel ist lediglich die Versetzung in die nächste Jahrgangsstufe bzw. ein ausreichendes Leistungsniveau. Die Stabilisierung eines befriedigenden Leistungsniveaus sowie die bloße Verbesserung von Notenstufen sind nicht als wesentliches Lernziel anerkannt.

**Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 13. November 2015 – L 9 AS 192/14**

Arbeitsunfähigkeit

Kein Personalgespräch bei Krankheit

Arbeitsunfähig erkrankte ArbeitnehmerInnen sind grundsätzlich nicht verpflichtet, an einem vom Arbeitgeber angeordneten Personalgespräch teilzunehmen.

**Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 1. September 2015 - 7 Sa 592/14**

Gesetzliche Unfallversicherung

Kein Schutz bei „Kittelverbrennung“

Für Unfälle bei Studentenritualen muss die gesetzliche Unfallkasse nicht zahlen.

Der Fall: Die Studentin der Pharmazie nahm an einer Feier zum Abschluss eines Praktikums teil. Bei der traditionellen Verbrennung von Laborkitteln kam es zu einer Verpuffung, bei der die Studentin verletzt wurde. Die Unfallkasse war der Meinung, die „Kittelverbrennung“ habe nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung gestanden. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Nach dem Gesetz sind Studierende während der Aus- und Fortbildung an Hochschulen gesetzlich unfallversichert. Die unfallbringende Verrichtung muss im organisatorischen Verantwortungsbereich der Hochschule geschehen sein. Außerhalb dieses organisatorischen Verantwortungsbereichs besteht kein Versicherungsschutz. Die Veranstaltung war von den Studenten eigenständig organisiert worden. Auf Planung und Durchführung der Veranstaltung hat die Universität keinen entscheidenden Einfluss genommen. Die Zurverfügungstellung des Geländes und von Tischen und Banken reicht nicht aus, um von einer Mitverantwortung der Universität auszugehen. Selbst wenn eine Hochschule Freizeitveranstaltungen ihrer Studenten unterstützt oder Institutsmitarbeiter daran teilnehmen, besteht nicht allein deshalb ein Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung.

**Thüringer Landessozialgericht,
Urteil vom 10. Dezember 2015 - 1 U 1264/14**

Gesetzliche Unfallversicherung

Kein Schutz in der Raucherpause

ArbeitnehmerInnen genießen keinen Unfallversicherungsschutz, wenn sie außerhalb der Pausenzeiten eine Zigarettenpause einlegen.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin erlitt während ihrer Arbeitszeit als Monteurin einen Unfall, als sie sich 15 Minuten vor dem Beginn ihrer nächsten regulären Pause auf den Gang der Montagehalle begab, wo sie von einem Gabelstapler erfasst wurde. In der Unfallmeldung des Betriebs an die Berufsgenossenschaft wurde mitgeteilt, dass die Monteurin sich auf dem Weg zur Zigarettenpause befunden habe. Tatsächlich trug die Arbeitnehmerin eine Packung Zigaretten bei sich, die bei dem Zusammenstoß auf den Boden geschleudert wurde. Sie gab an, sie habe sich auf dem Weg zur Toilette und nicht auf dem Weg zur Zigarettenpause befunden; erst in der Pause habe sie eine Zigarette rauchen wollen. Der Schichtführer bestätigte allerdings gegenüber der Berufsgenossenschaft, dass die Arbeitnehmerin selbst unmittelbar nach dem Unfall von einem Gang zur Zigarettenpause gesprochen habe. Die Richtung des zurückzulegenden Weges wäre in beiden Fällen die gleiche gewesen. Die Klage gegen die Berufsgenossenschaft hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Arbeitnehmerin stand nicht unter dem Schutz der Unfallversicherung, auch wenn sie behauptet hat, sie habe die Toilette aufsuchen wollen. Diese Behauptung konnte sie nicht beweisen. Vielmehr lagen konkrete Anhaltspunkte vor, dass tatsächlich – jedenfalls zunächst – eine Zigarettenpause eingelegt werden sollte. Und diese war nicht versichert.

**Sozialgericht Karlsruhe,
Urteil vom 27. Oktober 2015 – S 4 U 1189/15**